

„Goldader“ Bildung

Über den Trend zur Privatisierung, marktkonforme Hochschulen und Bologna

| WOLFGANG LIEB | **Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten oder Großbritannien herrschte in Deutschland lange Zeit ein breiter gesellschaftlicher Konsens, dass Bildung ein öffentliches Gut sei. Dieser Konsens scheint zu bröckeln. Fragen an einen Kritiker dieser Entwicklung über die Hintergründe, deren Gewinner und Verlierer.**

Forschung & Lehre: Bertelsmann investiert über einen Fonds einen zweistelligen Millionenbetrag in eine us-amerikanische virtuelle Universität. Thomas Hesse, im Bertelsmann-Vorstand zuständig für neue Geschäftsfelder, sagte: „Der Markt für Education-Angebote ist international stark in Bewegung, getrieben durch Megatrends wie Digitalisierung, Globalisierung und die weltweit wachsende Nachfrage nach Bildung.“ Was geschieht hier?

Wolfgang Lieb: Ein zweistelliger Millionenbetrag ist für ein Unternehmen wie Bertelsmann, das über 15 Milliarden umsetzt, sozusagen „Spielgeld“, das man locker einsetzen kann, um Gewinn-



Dr. Wolfgang Lieb ist Publizist und Mitherausgeber der Netzzeitung „www.NachDenkSeiten.de“. Er war von 1996 bis 2000 Staatssekretär im Wissenschaftsministerium Nordrhein-Westfalen.

chancen auf dem „Bildungsmarkt“ auszuloten. Die Bertelsmann AG wettet sozusagen wie ein Investmentbanker darauf, dass der gerade auch von der „gemeinnützigen“ Bertelsmann Stiftung vorangetriebene Trend zur Privatisierung der Bildung sich verstärken wird.

»In den USA ist die Akkreditierung ein Riesengeschäft.«

Es wird ja jetzt schon viel Geld auf dem „Bildungsmarkt“ gemacht. Zum Beispiel hat der privatwirtschaftlich durchgeführte Pisa-Test bei einem internationalen Durchgang ein Auftragsvolumen in dreistelliger Millionenhöhe. Oder denken Sie an die vielen Tests, z. B. Sprachstandtests an Schulen oder Hochschuleingangsprüfungen, die zu meist von privaten Beratungsfirmen entwickelt und angeboten werden. Auch Stipendienvergeber bedienen sich solcher kommerziellen Testangebote. Und die Akkreditierungsagenturen lassen sich von den Hochschulen bezahlen. In den USA ist die Akkreditierung ein Riesengeschäft.

Doch die „Goldader“ Bildung ist bisher bei uns ja erst angebohrt. Es wird wohl noch etwas dauern, bis man richtig Geld schürfen kann. Wenn aber die Unterfinanzierung der staatlichen Hochschulen anhält und diese immer maroder werden, könnte es zu einer ähnlichen Entwicklung wie schon im öffentlichen Krankenhauswesen kommen, wo einige wenige Investoren sich die heruntergewirtschafteten Kliniken

unter den Nagel reißen und die Öffentliche Hand sogar noch glücklich darüber ist, dass ihr diese Kostenträger abgenommen werden.

F&L: Die OECD propagiert eine ökonomische Sicht auf die Bildung. Wird Bildung so immer mehr zur Ware?

Wolfgang Lieb: Dass die OECD als eine der Marktwirtschaft und dem Wettbewerb verpflichtete Organisation sich auch in die Bildungspolitik einmischt, ist legitim. Schlimm wird es erst, wenn eine solche Organisation ohne demokratische Legitimation und vor allem ohne, dass

dies in einem offenen Dialog mit Bildungsexperten der jeweiligen Länder erfolgt, ihre undurchschaubaren und selbstgesetzten normativen Ansprüche auf internationaler Ebene bildungspolitisch durchsetzen kann. Die OECD hat mit PISA ein didaktisches und bildungstheoretisches Kompetenz-Konzept international durchgesetzt, das rein funktionale Fähigkeiten misst, nämlich die Anpassungsfähigkeit an den ökonomischen Bedarf. Nicht mehr die demokratisch und diskursiv entwickelten Richtlinien für die Bildungsinhalte an den Schulen, sondern der Wettbewerb um die Rangplätze beim PISA-Test wird so zum Maßstab für den Bildungserfolg.

F&L: Gegenwärtig werden die öffentlichen Bildungsausgaben in vielen europäischen Staaten drastisch gekürzt. Wird dies dem privaten Bildungsmarkt Auftrieb geben?

Wolfgang Lieb: Sofern die Bildung ganz allgemein überhaupt einen Auftrieb erfährt. In Griechenland oder Spanien sind gerade auch die jungen Akademi-

ker arbeitslos. In Deutschland warnt die Wirtschaft wieder einmal vor zu vielen Studierenden und zu wenig Lehrlingen.

Es gibt zwei Strategien der Privatisierung: Erstens privat organisierte Schulen und Hochschulen mit staatlichen Subventionen; das ist das angelsächsische Modell. Die Anzahl sämtlicher Bildungseinrichtungen in öffentlicher Trägerschaft ist in Deutschland im zurückliegenden Jahrzehnt von 67.600 auf 55.400 gesunken, während die Zahl der Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft um ein Viertel auf 40.000 zugenommen hat. In Deutschland schie-

»Zum Problem werden private Bildungsträger, wenn sie kommerziell betrieben werden.«

ßen private Schulen wie Pilze aus dem Boden, und die Zahl der privaten Hochschulen steigt. Über hundert gibt es inzwischen in Deutschland. Allein Nordrhein-Westfalen hat 27 davon; an diesen privaten Einrichtungen sind allerdings weniger als acht Prozent der Studierenden dieses Landes eingeschrieben. Interessant ist allerdings, dass der Anteil privater Bildungsausgaben abnimmt, während die Zahl privater Bildungseinrichtungen steigt. Es findet also eine Art Mischfinanzierung statt, öffentliche Mittel werden in private Bildungseinrichtungen umgeleitet, z.B. von der Bundesagentur für Arbeit für Weiterbildung.

Der zweite – und angesichts der noch relativ hohen Qualität des Bil-

»Auf dem Feld der Bildungspolitik ist die Bertelsmann Stiftung eine ›Macht ohne Mandat‹.«

dungsangebots in Deutschland – viel effizientere Weg ist die „funktionelle Privatisierung“ staatlich grundfinanzierter Bildungseinrichtungen. Das ist mit den Bertelsmann-Modellen der „selbstständigen Schule“ ein Stück weit, mit der wettbewerbsgesteuerten „unternehmerischen Hochschule“ aber schon weitgehend gelungen. Das ist geradezu die „Idealform“ einer „Privatisierung“: der Steuerzahler finanziert die Grundlast und der Wettbewerb um die Einwerbung von Mitteln auf dem Ausbildungs- und Forschungsmarkt steuert das Unternehmen Hochschule.

F&L: Privatisierung von Schulen, Hochschulen, aber auch Krankenhäusern, Eisenbahnen, Straßen und Wohnungsbau – ist das alles zum Wohle der Gesellschaft?

Wolfgang Lieb: Auf den von Ihnen genannten Feldern hat man unterschiedliche Erfahrungen gemacht, billiger für den Staat oder für die Kunden ist das Angebot jedenfalls nicht geworden und besser meistens auch nicht. Auch in Deutschland war Bildung nie komplett in öffentlicher Hand, denken Sie an die Weiterbildung oder an die konfessionellen Kindergärten oder an die weltanschaulich gebundenen Schulträger. Da gibt es durchaus pädagogisch befruchtende Konzepte. Zum Problem werden private Bildungsträger,

wenn sie kommerziell betrieben werden. Bei einer profitorientierten Privatisierung der Bildungsangebote wird es zu einer Frage des Geldbeutels, ob man sich eine Kita, eine Schule mit kleinen Klassen oder eine private Hochschule mit einem besseren Betreuungsangebot als an öffentlichen Hochschulen leisten kann. Entscheidend sind der diskriminierungsfreie Zugang zur Bildung und die Einhaltung allgemeiner Standards. Nur so können Chancengleichheit und vor allem das „Bürgerrecht“ auf Bildung, das ja Bildung zu einem öffentlichen Gut macht, gewährleistet werden. Dadurch, dass sich der Staat aus seiner Verantwortung auf dem Feld der Bildung zurückzieht, sehe ich die Gefahr

der Vertiefung der sozialen Spaltung. Wenn man sich die Elternbeiträge bei vielen privaten Schulen oder die Studiengebühren an manchen privaten Hochschulen ansieht, ist die soziale Abkoppelung schon ganz real. Hinzu kommt, dass die staatlichen Zuschüsse an private Bildungsträger den ohnehin unterfinanzierten öffentlichen Bildungsangeboten fehlen.

Marktmechanismen, seien es Studiengebühren, soziale Auswahl, Lohndumping bei den Lehrkräften und der Abbau pädagogischer Qualifikation, machen das öffentliche Gut Bildung zur Ware. Überall, wo Privatisierung im Bildungswesen fortschreitet, kann man Leiharbeit, Tariffucht oder prekäre Arbeitsbedingungen beobachten.

F&L: Sie haben Bertelsmann einmal als „informelles Bildungsministerium“ bezeichnet. Was meinen Sie damit?

Wolfgang Lieb: Diese Aussage war natürlich eine Pointe. Denn selbstverständlich entscheidet letztlich die Politik und nicht Bertelsmann. Aber sagen wollte ich damit, dass unter dem Zwang der leeren öffentlichen Kassen und unter dem beschönigenden Etikett eines „zivilgesellschaftlichen Engagements“ die Politik nur allzu gerne auf die „gemeinnützigen“ Dienstleistungen privater Think-Tanks zurückgreift. Ja noch mehr, der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung immer mehr zurück und überlässt wichtige gesellschaftliche Bereiche wie etwa die Bildung oder die Hochschule gleich ganz den Selbsthilfekräften bürgerschaftlichen Engagements. Und auf dem Feld der Bildungspolitik ist eben die Bertelsmann Stiftung eine „Macht ohne Mandat“, die – wie etwa beim Hochschul-„Freiheits“-Gesetz in NRW – ganze Gesetzentwürfe am Schreibtisch in Gütersloh entwirft, das Gesetzgebungsverfahren souffliert und die Hochschulen anschließend auch noch bei der Umsetzung des Gesetzes überwacht. Man muss doch nur einmal googeln und ein Land oder eine Hochschule eingeben; es ist erstaunlich, auf wie viele Fundstellen von Bertelsmann man stößt. Aber das, was im Internet angeboten wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Die Bertelsmann AG ist der größte Oligopolist der veröffentlichten Meinung in Deutschland. Über die Meinungsmacht des Konzerns hinaus übt Bertelsmann eine politische Gestaltungsmacht aus, die weit über den Einfluss von Verbänden, Kirchen, Gewerkschaften, ja sogar von Parteien hinausgeht.

F&L: Die im Rahmen der Bolognareform eingeführten Bachelorstudiengänge sollen in kürzerer Zeit als früher fit für den Arbeitsmarkt machen. Welchen Anteil hat die Bolognareform daran, das Hochschulstudium marktgängig zu machen?

Wolfgang Lieb: „Bologna“, wie ich es in meiner Zeit als Wissenschaftsstaatssekretär unterstützt habe, war das Synonym für eine großartige Idee, nämlich der Schaffung eines „europäischen Hochschulraums“, aus dem eine europäische Identität erwachsen sollte, wie sie von großen europäischen Geistern wie Jürgen Habermas oder Jacques Der-

rida als Utopie beschrieben wurde. Vor allem in Deutschland ging es recht bald nicht mehr um „Bologna“, sondern um „Lissabon“. Nach der im Jahr 2000 von den Staatschefs beschlossenen „Lissabon Strategie“ sollte die Europäische Union „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden. Viel stärker als in den meisten europäischen Ländern hat sich in Deutschland eher „Lissabon“ als „Bologna“ durchgesetzt. Es ging weder um Europäisierung noch um ein sinnvolles gestuftes Studi-

»Vor allem in Deutschland ging es recht bald nicht mehr um ›Bologna‹, sondern um ›Lissabon‹.«

um, sondern vor allem um die Verkürzung der Ausbildungszeiten. Abitur nach acht Jahren und ein sechssemestriges Universitätsstudium hatten nur das Ziel, die Ausbildungszeiten zu verkürzen – und das noch ohne einen curricularen Plan.

Die in Deutschland als zu lang angesehenen Schul- und Ausbildungszeiten wurden als „Nachteil im internationalen Wettbewerb“ hochgespielt. Eine Verkürzung der Ausbildungszeit sei auch notwendig, um die demografische Entwicklung einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft aufzufangen. Was man angesichts der auf formale Bildungsabschlüsse fixierten beruflichen Karrierewege (ein Architekt kann immer Maurer werden, aber nie umgekehrt) nicht geschafft hatte, nämlich mindestens 40 Prozent der Studierenden in die Fachhochschule zu lenken, wurde mit Bologna erzwungen, nämlich auch an den Universitäten – sogar noch strikter als an den Fachhochschulen – für alle Fächer ein sechssemestriges angeblich berufsbefähigendes Studium zu etablieren. Ob der universitäre Bachelor-Abschluss nun „berufsbefähigend“ ist oder nicht, darüber streiten sich noch die Geister. Was aber für jedermann Fragen aufwerfen sollte, ist die Tatsache, dass man sozusagen über Nacht – bei aller berechtigten Kritik am früheren Studienablauf – ein „Studium“ über Bord geworfen hat, das Deutschland immerhin auch dank der Qualifikation seiner innovativen Mitarbeiter zum „Exportweltmeister“ aufsteigen ließ. Mit dem Wissenschaftsrat bezweifle ich, dass mit der rigiden Verschulung des Studiums die Befähigung zur selbstständigen Bearbei-

tung von neuen Problemen mit wissenschaftlichen Methoden gestärkt worden ist. Vom humboldtschen Prinzip einer „Bildung durch Wissenschaft“ will ich schon gar nicht mehr reden.

F&L: Welche Rolle hat das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) bei der Propagierung der Bolognareform gespielt und welche Ziele wurden damit verfolgt?

Wolfgang Lieb: Was die ursprüngliche Bologna-Idee betrifft, nur eine geringe. Mit Hochschul-„Bildung“ hat sich das CHE nie ernsthaft beschäftigt. Nachdem der Bertelsmann-Patriarch Reinhard Mohn erkannt hatte, dass „seine“ erste private

Hochschule in Deutschland in Witten-Herdecke ohne staatliche Hilfe pleite gegangen wäre, sollte das bertelsmannsche CHE nun die Prinzipien des Wettbewerbs und der Steuerung der staatlichen Hochschulen durch den Ausbildungs- und Forschungsmarkt in den durch Steuergelder grundfinanzierten Hochschulen implementieren. Weil sich die Qualität eines Studiums erst langfristig auf dem Markt abbilden kann, mussten zur Fiktion eines Wettbewerbs die Hochschulrankings her. Ähnlich wie bei PISA für die Schule hat natürlich das CHE exklusiv die – inzwischen vielfach kritisierten – Messkriterien für die Qualität eines Studiums bestimmt. Und diesen Benchmarks rannten leider die Fachbereiche eine ganze Zeit lang hinterher, bis – wie schon länger die Hochschulen in der Schweiz und in Österreich – auch die Soziologen, die Historiker und einige Hochschulen in Deutschland durchschaut haben, wie zweifelhaft die Messkriterien sind und welche wissenschaftspolitischen Motive mit den CHE-Rankings verfolgt werden.

F&L: Auf welche strategischen Partner konnte das CHE zählen?

Wolfgang Lieb: Natürlich steht das CHE nicht allein. Klugerweise nahm es die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) mit ins Boot. Und so verschaffte sich Bertelsmann ein einigermaßen unverdächtiges Entree in die Hochschulen vor allem über die Hochschulleitungen. Darüber hinaus hat das CHE ein vielfältiges Netzwerk finanzstarker Unterstüt-

zer. Da ist etwa der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, sozusagen der verlängerte Arm der Wirtschaft in die Wissenschaft, da ist der Aktionsrat Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (vbw), die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanzierte Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) mit ihren Werbekampagnen, das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) oder etwa auch die McKinsey & Company Inc. Um Synergien zu erzielen, arbeitet die Bertelsmann Stiftung unter anderem mit der Heinz Nixdorf Stiftung, der Körber-Stiftung, der Volkswagen Stiftung, der Hertie-Stiftung oder der Ludwig-Erhard-Stiftung.

F&L: Können Studenten und Hochschullehrer von einem Wandel der Bildung zur Ware profitieren oder muss Bildung ein allgemein öffentliches Gut bleiben?

Wolfgang Lieb: Bis zur Jahrtausendwende gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, dass Bildung ein öffentliches, gemeinnütziges Gut ist, dessen Förderung ein allgemeines Anliegen ist und eine öffentliche Aufgabe zu sein hat. Mit dem Leitbildwechsel von der „sozialen Marktwirtschaft“ zur „Marktgesellschaft“ wurde Ausbildung zu einer privaten Investition in das persönliche „Humankapital“. Die als privatnützlich verengte Ausbildung zur Beschäftigungsfähigkeit („Employability“) als privates Renditeobjekt sollte demnach auch ihren „Preis“ haben, also Studiengebühren kosten. Ich halte diese betriebswirtschaftliche Sicht

»Klugerweise nahm das CHE die Hochschulrektorenkonferenz mit ins Boot.«

für kurzfristig. Eine möglichst hohe wissenschaftliche Qualifizierung eines möglichst großen Teils der Arbeitsbevölkerung ist das Fundament für die technologische Innovation und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft, ein Element des wissenschaftlichen Fortschritts und nicht zuletzt der demokratischen Teilhabe und der kulturellen Entwicklung der Gesellschaft.

Wenn eine gute Bildung eine individuelle Rendite abwirft, so wäre es rationaler, später das höhere Einkommen entsprechend zu besteuern, statt die Ausbildungsphase mit privaten Kosten zu belegen.